

VERTRAULICH JR

Intern EPD/EVD/EMD

p.B.15.50.4.(Su). - GB/ds

Schweizerisch-schwedische Arbeitssitzung im  
Rahmen des Besuches von Aussenminister Nilsson

Dienstag, den 30. März 1965, 15 - 17.15 Uhr  
Sitzungszimmer des Nationalratspräsidenten  
Bundeshaus, Bern.

T e i l n e h m e r :Schweden

Torsten NILSSON, Aussenminister

Leif BELFRAGE, Generalsekretär des Aussenministeriums

Richard Hichens BERGSTROEM, Direktor der Politischen Angelegenheiten im Aussenministerium

Torsten OERN, Sekretär im Aussenministerium

Botschafter Fritz STACKELBERG, schwedischer Botschafter in der Schweiz

SchweizEPD

Bundesrat F.T. WAHLEN, Vorsteher des Politischen Departementes

Botschafter P. MICHELI, Generalsekretär

Botschafter E. von GRAFFENRIED, schweizerischer Botschafter in Schweden

Minister J. BURCKHARDT, Chef der Abteilung für Internationale Organisationen

Minister R. BINDSCHEDLER, Rechtsberater des EPD

Dr. August R. LINDT, Delegierter für technische Zusammenarbeit

Dr. A. JANNER, Chef Politischer Dienst Ost

Dr. R. PROBST, Chef Politischer Dienst West

EVD

Minister P.R. JOLLES, Delegierter für Handelsverträge

Minister O. LONG, Delegierter für Handelsverträge

EMD

A. KAECH, Direktor der Eidgenössischen Militärverwaltung

T r a k t a n d e n

	<u>Seiten</u>
Vietnam-Krise	3 - 5
UNO-Krise	3, 11
Die Schweiz und die UNO	11 - 12
Schweden und die UNO	12 - 13
Beziehungen mit geteilten Staaten	4 - 5
EFTA/EWG (Allgemeines, Oesterreichs Allein- gang, die britische Politik)	6 - 11
Entwicklungshilfe:	
UNCTAD	13 - 14
Finanzhilfe	14 - 15
Allgemeines	15 - 17
Schweizerisch-schwedische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet	17 - 18
Der arabische Boykott	18 - 19

---

## Vertrauliches Sitzungsprotokoll

### Wahlen

Die am gestrigen Essen begonnenen Gespräche sollen an der heutigen Sitzung in etwas systematischerer Weise fortgesetzt werden. Im Zentrum der Aussprache werden die gemeinsamen Integrationsprobleme stehen : Zukunft der EFTA, das Vorgehen Oesterreichs, die britische Politik. Sodann sollen Probleme der Weltpolitik, der Vereinten Nationen besprochen werden, soweit sie uns gemeinsam berühren, und schliesslich möchten wir noch die Frage einer Zusammenarbeit unserer beiden Länder auf dem Gebiete der Wehranstrengungen zur Diskussion stellen.

### Nilsson

Ich möchte mich zuerst zur Vietnam-Frage äussern, die wir schon gestern angeschnitten haben. Die Politik der USA in Vietnam ist nicht sehr klug. Die Militärs haben zuviel zu sagen in politischen Dingen. U Thant, der als Asiat die Verhältnisse kennt, hat mir gesagt, die Amerikaner machten dieselben Fehler wie die Franzosen, und deshalb sei ihre Politik zum Misslingen verurteilt. Die Amerikaner würden von den Asiaten als weisse Kolonialisten betrachtet, die ihre Länder besetzten. Die Chinesen aber nützten die Situation aus, um aus asiatischen Nationalisten Kommunisten zu machen und schliesslich hätten die Amerikaner alle gegen sich. Soweit U Thant. Konflikte wie derjenige in Vietnam können sich in gefährlicher Weise entwickeln. Die Amerikaner sollten mit den Russen sprechen können. Dies wird indessen infolge des Konfliktes Moskau-Peking nicht leicht sein.

Was die Krise in den Vereinten Nationen betrifft, glaube ich, dass es sich nicht nur um eine finanzielle Angelegenheit handelt, sondern dass die Ursachen tiefer liegen. Bei der russisch-amerikanischen Auseinandersetzung um die Finanzierung der von den Russen nicht gewünschten Friedensaktionen geht es im Grunde um das Problem des Verhältnisses zwischen Sicherheitsrat und Generalversammlung. Hoffen wir, dass das zur Beilegung des Konfliktes gebildete Komitee zu einer Lösung gelangt. Man weiss, dass weder Moskau noch Washington will, dass sich der Konflikt zuspitzt. Eigentlich hätten sie direkt miteinander sprechen sollen, aber keiner wollte das Gesicht verlieren.

### Wahlen

Was Vietnam betrifft, sehen wir die Dinge grosso modo ähnlich. Ich möchte aber betonen, dass ich Sympathie für die Vereinigten Staaten empfinde, denn ihre Aufgabe ist wirklich schwer und sie tragen viel Verantwortung. Was würde ein amerikanischer Rückzug oder ein vorzeitiges Einlenken auf Verhandlungen bedeuten in bezug auf die gesamte Lage in Ostasien, vor allem in den an Vietnam angrenzenden Ländern ? Wie würde die Lage aussehen für Laos, Kambodscha,

- 4 -

Thailand, Malaysia, für Indonesien, die Philippinen und Japan, wenn Peking in ganz Vietnam die Oberhand bekäme ?

Zugegebenermassen möchte man den Amerikanern in ihren Methoden hier und da etwas mehr Fingerspitzengefühl wünschen. Ihre Tränengasangriffe waren für die Kommunisten ein glänzender Publizitätserfolg. Es ist zu bedauern, dass das Pentagon in diesen Dingen zu viel Einfluss hat. Man darf nur wünschen, dass künftige Verhandlungen mit mehr Weisheit geführt werden.

### Nilsson

Ich gebe zu, dass die Amerikaner in einer sehr schweren Lage sind. Sie haben aber wirklich keine glückliche Hand. In Asien wie in Lateinamerika verschwenden sie Gelder an Regimes, die nicht progressiv sind. Das war besonders in Saigon der Fall, wo Generäle und Politiker sich gegenseitig in Machtkämpfen stürzen. Es wäre besser, wenn Washington in Saigon gute Leute unterstützen und das Geld statt für militärische Hilfe für soziale Aufgaben verwenden würde. Ein gutes Zeichen ist, dass die Amerikaner grundsätzlich zu Verhandlungen bereit sind.

### Wahlen

Geschichtliche Parallelen zu ziehen ist zwar immer gefährlich. Aber wenn ich in der Stellung von Johnson oder Dean Rusk wäre, könnte ich nicht umhin, an die Zeit der Rheinlandbesetzung und von München zurückzudenken. Da hat man auch von Verhandlungen gesprochen - und wohin führten sie schliesslich ? Wenn man von Verhandlungen spricht, sollte man auch seinen Partner kennen. Und hier ist der Hauptgegenspieler das kommunistische China.

### Nilsson

Wir sind eben der Auffassung, dass die chinesische Volksrepublik in die UNO aufgenommen werden sollte. So bekäme man die Möglichkeit, mit den Chinesen zu sprechen.

### Wahlen

Ich hörte aber, heute bestehe seitens Peking gar kein Interesse mehr an der Aufnahme in die UNO. Aber vielleicht ist das nur ein Scheingefecht.

Was mich noch interessieren würde, ist Schwedens Verhältnis zu Südvietnam und überhaupt zu den geteilten Staaten.

Die Schweiz unterhält mit Südvietnam zurzeit nur konsularische Beziehungen. Von unserer Erlaubnis, in Bern eine diplomatische Vertretung zu eröffnen, hat Saigon bisher keinen Gebrauch gemacht. Mit Südkorea haben wir jetzt diplomatische Beziehungen, was Sie ja bereits seit längerer Zeit hatten.

Was die DDR betrifft, ist Schweden infolge der direkten Verkehrsbeziehungen mit Ostdeutschland in einer etwas anderen Lage als die Schweiz. Es interessiert mich, Ihre Ansicht zu diesen Fragen zu hören.

- 5 -

Nilsson

Schweden unterhält diplomatische Beziehungen sowohl zu Südvietnam als auch zu Südkorea, und zwar seit 1957, als die beiden Südteile durch die UNO anerkannt werden sollten. Man konnte sie ja in der Folge dann nicht in die Vereinten Nationen aufnehmen, weil die Russen im Sicherheitsrat ihr Veto einlegten.

Wir werden unsere Beziehungen zu Saigon und Seoul weiterhin aufrechterhalten. Mit Nordkorea nehmen wir keine Beziehungen auf und mit Nordvietnam schon gar nicht, denn das müsste ja direkt als eine Demonstration gegen die Amerikaner aufgefasst werden.

Micheli

Hat Schweden wirtschaftliche Interessen in Südvietnam ?

Nilsson

Nicht sehr bedeutende, wir exportieren nur etwa für 2 Millionen Kronen Waren im Jahr. In Südkorea dagegen haben wir besondere Interessen wegen des dortigen skandinavischen Spitals.

Wahlen

Unterhalten Sie in der DDR nicht eine Handelsmission ?

Nilsson

Das nicht, aber wir haben Handelsbeziehungen zur DDR. Das hat ja auch Westdeutschland .....

Belfrage

Wir haben mit der DDR eine Vereinbarung über den Warenaustausch mit schwedischen Privatfirmen.

Janner

Sind Ihnen wegen der Nichtanerkennung der kommunistischen Hälften von Deutschland, Vietnam und Korea von sowjetischer Seite schon einmal Vorhaltungen gemacht worden ?

Nilsson

Eigentlich nicht. Als Chruschtschew Schweden besuchte, bemerkte er nur einmal ironisch, die Sowjetunion sei im Grunde genommen neutraler als Schweden, denn sie anerkenne sowohl West- als auch Ostdeutschland.

Wahlen

Dann könnten wir jetzt zum EFTA-Komplex vorstossen.

Nilsson

Da möchte ich gerne zuerst Ihre Ansichten kennen lernen, denn Sie wissen mehr darüber und kennen auch Wien besser als ich. Ich habe mich noch nicht sehr viel mit EFTA-Fragen beschäftigt.

Wahlen

Nach unserer Meinung ist die EFTA wertvoll und es lohnt sich, sie zu fördern. Wo aber liegen die Grenzen dieser Förderung? Diese Frage drängt sich auf, weil es nun klar geworden ist, dass die EFTA ein längeres Dasein führen muss, als ursprünglich geplant war. Wir sind zwar der Auffassung, dass sie ihren Charakter als Freihandelszone bewahren sollte, doch glauben wir, dass es innerhalb dieses Rahmens viele Möglichkeiten zu einer engeren Zusammenarbeit gibt. Wir können uns gegenseitig konsultieren, in Fragen der Konjunkturpolitik zum Beispiel. Wir können voneinander lernen und unsere Methoden angleichen.

Die Tatsache, dass die EFTA-Länder untereinander doch verschiedenartiger sind als die sechs EWG-Staaten unter sich - denken wir z.B. an Portugal - erleichtert uns die Zusammenarbeit natürlich nicht. Sodann ist es ein "Grundkonstruktionsfehler" der EFTA, dass ein einziger Partner fast die Hälfte des Ganzen ausmacht.

Probleme besonderer Art stellt uns Oesterreich. Wir gingen seinerzeit davon aus, dass sich die drei Neutralen der EFTA in der Assoziierungspolitik gegenüber der EWG koordinieren sollten. Diese Idee ist inzwischen wohl etwas verblasst. Es wäre interessant, von den Oesterreichern zu vernehmen, wie stark sie sich diesbezüglich noch gebunden fühlen.

Im Staatsvertrag wurde den Oesterreichern die schweizerische Neutralität als Beispiel für die von ihnen einzunehmende Haltung vorgelegt. Es ist nicht immer ganz bequem, ein Vorbild sein zu sollen, namentlich wenn der Nacheiferer nicht davon überzeugt ist, dass das Vorbild seinen Bedürfnissen entspricht. Da haben wir also ein Problem, von dem wir nur hoffen können, dass es sich nicht in schärferen Konturen abzuzeichnen beginnt und wir nicht schliesslich davon abhängen, welche Haltung die Sowjets in dieser Sache einnehmen werden.

Von einer Erneuerung des "London pledge", der in einem gewissen Sinn ein totgeborenes Kind war, halte ich offen gestanden nicht viel. Was nützt eine Verpflichtung, gegenüber der EWG nicht selbständig vorzugehen bis die legitimen Interessen aller EFTA-Partner befriedigt sind, wenn keine Stelle da ist zu bestimmen, was überhaupt legitime Interessen sind? Auf dieser Grundlage kommen wir nicht weit. Wir würden auch nicht viel davon halten, Oesterreich Grenzen vorschlagen oder vorschreiben zu wollen. Wenn Wien Konsultationen mit uns wünscht, sind wir natürlich bereit, mitzumachen. Es könnte ja sein, dass trotz der Kritik, die man am oesterreichischen Alleingang üben kann, doch für alle noch etwas Positives herauskommt.

- 7 -

Wir glauben nämlich nicht, dass es der EWG gelingen wird, hier die These eines Sonderfalles durchzuhalten, zu sagen "Das gilt nur für Oesterreich und nicht für die andern". Wenn sich auf dieser Grundlage für weitere Staaten die Möglichkeit abzeichnet, sich der EWG anzunähern, würden übrigens auch für die Sowjetunion die Schritte Wiens eher akzeptabel.

Das wären so die ersten Gedanken, mit denen ich die Diskussion eröffnen möchte.

### Nilsson

Zum Oesterreich-Problem kann ich lediglich beifügen, dass es auch für uns wichtig ist, und dass unsere Auffassung der Ihrigen ähnlich ist.

Was die EFTA betrifft, möchte ich hier ein paar Worte sagen zur Politik der Engländer, mit denen wir gute Verbindungen haben. Die Briten haben zuerst an ihre Landwirtschaft zu denken und ans Commonwealth. Die Labour-Partei hat denn auch ihren Wählern versprochen, dass die Commonwealth-Beziehungen in erster Linie berücksichtigt würden. Wilsons Stellung ist verhältnismässig schwach, und er muss heute an seine Wähler denken. Innerhalb der Labour-Regierung tritt vor allem Wirtschaftsminister George Brown für die EFTA ein und er hat uns versichert, dass er es auch in Zukunft tun werde. Er ist ein wichtiger Mann für uns. Es wäre gut, wenn die persönlichen Kontakte Ende Mai an der EFTA-Konferenz in Wien mit ihm erneuert werden könnten.

Ihre Charakterisierung der EFTA ist zutreffend. Wir müssen uns jetzt fragen: Was sollen wir daraus machen? Schweden tritt sehr für eine Liberalisierungspolitik ein. Wir könnten vielleicht diese allgemeine Haltung der EFTA nach aussen noch stärker zum Ausdruck bringen. Das könnte auf Länder ausserhalb EFTA und EWG Eindruck machen und seine Wirkung auf unser Verhältnis zu diesen Ländern haben.

Was sollen wir vorkehren, um die EFTA zu schützen? Es bestehen keine Richtlinien, auf welche die Mitgliedstaaten verpflichtet werden könnten. Mir scheint, es ist vorerst einmal wichtig, dass die nächste Sitzung in Wien vom Sekretariat sehr ernsthaft vorbereitet wird. Es soll nicht in erster Linie eine nette Zusammenkunft mit Ausflügen nach Grinzing und so werden. Vielleicht könnten wir mit konkreten Vorschlägen nach Wien fahren. Ich finde, Schweizer und Schweden sollten sich vor der Sitzung besprechen miteinander. Man könnte auch die Oesterreicher konsultieren. Was denken Sie, was wir unternehmen könnten, um die EFTA zu schützen?

### Wahlen

Das ist wirklich eine vordringliche Frage. Ich möchte Herrn Minister Long bitten, sich dazu zu äussern.

Long

Die Frage ist schwierig. Ich glaube aber, dass Herr Generalsekretär Figgures etwas vorbereitet. Er wird wohl keine Ueberraschungen nach Wien bringen, aber doch Anregungen machen. Vor Wien werden wir aber auch noch die Möglichkeit haben, diese Frage in Genf zu diskutieren mit den schwedischen Vertretern, oder dann in bilateralen Gesprächen bis Ende Mai.

Wichtig ist, dass man weiss, was man als Arbeitsprogramm für die EFTA vorbereiten will. Sollen wir eine "wait and hope policy" befolgen oder aber versuchen, mit der EFTA mehr zu machen, und auch eine Verantwortung für den Aufbau Europas übernehmen. Diese grundlegende Frage wird sich vielleicht schon in Wien stellen, sicher aber im kommenden Herbst, wenn sich die Minister wieder treffen.

Jolles

Eine Hauptfrage ist die, ob in der gegenwärtigen integrationspolitischen Lage noch Aussicht besteht, das ursprüngliche Ziel der EFTA, in Verhandlungen mit der EWG zu einer Assoziierung zu gelangen, zu erreichen. Wenn nicht, stellt sich die Frage, ob andere Möglichkeiten und Wege offen sind. Es wäre interessant, von unseren schwedischen Freunden zu erfahren, ob sie wie wir der Ansicht sind, dass ein Alleingang wie jener von Oesterreich für Schweden und die Schweiz nicht in Frage kommt, und dass die neutralitätspolitischen Bedingungen, auf die wir uns seinerzeit einigten, auch bei der heutigen Konstellation noch ein Minimum dessen, was verlangt werden muss, darstellen.

Nilsson

Wir teilen Ihre Auffassung. Wir können uns nicht denken, dass Schweden allein Verhandlungen mit der EWG aufnimmt, wie es Oesterreich jetzt macht. Wir hoffen noch immer, dass es in der Zukunft einmal möglich sein wird, dass wir alle zusammen mit der EWG Verhandlungen aufnehmen. Soviel ich weiss, haben die Engländer diesbezüglich ihre Einstellung nicht geändert, und ich kann nur hoffen, dass sie es weiterhin nicht tun werden. Aber was halten Sie von diesen Möglichkeiten ?

Belfrage

Zur Frage der neutralitätspolitischen Bedingungen für einen Assoziierungsvertrag mit der EWG möchte ich noch beifügen, dass Schweden weiterhin strikte daran festhält.

Wahlen

Sie haben mich gefragt, was können wir in Wien tun. Ein konstruktiver Schritt scheint mir hier die Tatsache, dass Generalsekretär Figgures Vorschläge ausarbeiten und den Regierungen unterbreiten will. Ich hoffe nur, diese Vorschläge kommen bald, so dass wir sie noch besprechen und auch unseren Delegationen in Genf noch rechtzeitig Instruktionen erteilen können. Eine enge Zusammenarbeit der



- 9 -

EFTA-Staaten in der Kennedy-Runde scheint mir nämlich von Interesse nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt. Die westliche Politik bietet ja sonst auf allen Gebieten ein Bild heilloser Zerfahrenheit. Jeder geht seine eigenen Wege, allen voran der französische Präsident. Sehen wir uns doch die Politik im nahen Osten an, oder die Lage in der Atlantischen Gemeinschaft. Wir Neutralen können zwar nicht dazu berufen sein, hier führend mitzuwirken, aber einen gewissen Einfluss können wir doch ausüben, und so sollten wir danach trachten, unsere Anstrengungen in der EFTA, im Europarat oder in der Kennedy-Runde möglichst zu koordinieren.

### Nilsson

Auch wir sind dieser Auffassung.

Was die Haltung Oesterreichs gegenüber der EFTA betrifft, möchte ich noch fragen, ob Sie die Verhältnisse innerhalb der oesterreichischen Regierung kennen.

### Wahlen

Grob gesagt ist es noch immer so, dass die sozialistische Partei (SPOe) eher der EFTA, die Volkspartei (OeVP) eher der EWG zuneigt. Immerhin ist jetzt, wohl infolge der Bedenken der Privatwirtschaft, innerhalb der OeVP die Tendenz zur Abkehr von einem allzu strammen Marsch Richtung Brüssel erkennbar.

### Jolles

Darf ich noch auf die schwedische Frage nach unserer Meinung bezüglich der Chancen für eine multilaterale Regelung mit der EWG antworten ?

Nach unseren Eindrücken ist die Situation heute stärker festgefahren denn je. Bei den liberalen Mitgliedern der EWG, vor allem in Deutschland und Holland, haben die Stimmen, die noch bis vor kurzem für eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes eintraten, einer gewissen Resignation Platz gemacht. Wenn wir zwecks Wahrung schweizerischer Interessen, die durch EWG-Beschlüsse verletzt worden waren, versuchten, direkt mit der EWG ins Gespräch zu kommen, stiessen wir immer mehr auf Widerstand. Es ist uns noch in keinem einzigen Fall gelungen, in Brüssel einen Durchbruch, eine Anpassung zugunsten der Schweiz zu erzielen.

Was das Vorgehen Oesterreichs betrifft, würde es mich interessieren, wie Sie die russische Zurückhaltung beurteilen. Es war ja zuerst die Rede davon, dass man im Verhandlungsmandat des EWG-Ministerrates an die EWG-Kommission nicht von einer institutionellen Verbindung Oesterreichs mit der EWG sprechen würde. Im publizierten Verhandlungsmandat wurde die Frage indessen trotzdem aufgeworfen. Glauben Sie, dass eine russische Intervention zu erwarten ist, oder wird es bei einer Verbaldemonstration bleiben ?

### Nilsson

Das ist schwer zu sagen. Was halten Sie davon ? Unsere Verbindungen mit Moskau sind nicht so eng.

Belfrage

Als Chruschtschew letzten Sommer Skandinavien besuchte, hat er über diese Frage kein Wort verloren. Die Sache war damals natürlich auch nicht so aktuell. Wir wissen sehr wenig über die Ueberlegungen der Russen, aber ich glaube doch, dass sie reagieren werden, wenn zwischen EWG und Wien ein Vertrag zustandekommt.

Wahlen

Man muss die russische Haltung vorwiegend aus der Haltung Moskaus gegenüber Polen suchen. In Moskau hat man noch heute eine pathologische Angst vor Deutschland. Die Sorge wegen dem Wiedererstarken Westdeutschlands ist gross. Es muss daher angenommen werden, dass die Sowjets ausserordentlich kritisch auf jede engere Bindung Oesterreichs an die EWG reagieren würden, denn für sie wäre das primär eine Bindung an die Bundesrepublik. So sehe ich die Sache. Ich fürchte, die Oesterreicher nehmen das Problem etwas auf die leichte Schulter.

Nilsson

Ich glaube, Kreisky befürchtet eine russische Reaktion mehr als die andern Mitglieder der Wiener Regierung. Aber was könnten die Sowjets eigentlich konkret gegen Oesterreich unternehmen? Könnten sie einen wirtschaftlichen Druck ausüben?

Wahlen

Vielleicht will sich Herr Prof. Bindschedler zu dieser Frage äussern.

Bindschedler

Im Schlussartikel des oesterreichischen Staatsvertrages ist die Prozedur zur Beilegung von Interpretationsstreitigkeiten festgelegt. Es wäre denkbar, dass die Sowjetregierung das dort vorgesehene Gremium anruft und das Konsultationsverfahren in Bewegung setzt. Das ergäbe längere Verhandlungen, die vielleicht zu keinem Ergebnis führen würden.

Die Russen könnten aber auch einfach erklären, Wien habe durch seine Verbindung mit der EWG den Staatsvertrag verletzt, Moskau anerkenne daher die oesterreichische Neutralität nicht mehr und gewinne seine Handlungsfreiheit zurück. Es ist allerdings schwierig abzuschätzen, welches Interesse die Russen an einem solchen Schritt haben könnten, denn es kann nicht ihr Wille sein, Oesterreich noch mehr in die Arme des Westens zu treiben.

Ich rechne auf Grund von Gesprächen, die ich in Oesterreich hatte, aber doch mit irgendeiner Reaktion von Moskau. Ein Russe sagte mir einmal, für die Sowjets sei Oesterreich die 5. Zone von Deutschland, und so wenig sie von einer Wiedervereinigung von Ost- mit Westdeutschland etwas wissen wollten, so wenig wollten sie auch einen Wiederanschluss von Oesterreich.

- 11 -

Wahlen

Ich schlage vor, dass wir diese Frage hier abschliessen.

Zur britischen Europa-Politik habe ich wenig zu sagen. Sie ist problematisch. Es ist auch interessant, dass sich bei den letzten Wahlen in England keine Partei aus der Europafrage eine Plattform zimmern wollte. Auch bei künftigen Wahlen ist schwer vor auszusehen, ob sich eine englische Partei irgendwie europamässig engagieren wird. Ein kürzlicher tour d'horizon mit dem britischen Botschafter in Bern hat bezüglich der Europafrage nichts Greifbares ergeben. Es scheint in London alles noch im Stadium des Ueberdenkens zu sein. - Was George Brown betrifft gehe ich mit Ihnen einig, dass er ein guter Freund der EFTA ist. Ich habe diese Erfahrung in Genf gemacht.

Vielleicht könnten wir nun noch etwas über die Verhältnisse in den Vereinten Nationen sprechen.

Sie haben die Krisenlage in der UNO bereits skizziert. Der Sicherheitsrat funktioniert bei seiner heutigen Zusammensetzung nicht mehr und niemand sieht derzeit die Möglichkeit einer Revision der Charta, einer Revision die gemäss den Beschlüssen von San Francisco schon vor zehn Jahren hätte eingeleitet werden müssen.

Nilsson

Wir hoffen sehr, dass die UNO-Krise bis September beigelegt werden kann. Das wird allerdings schwer sein, wenn sich Russen und Amerikaner nicht in direktem Kontakt einigen können. Generalsekretär U Thant macht was er kann, um einen Kompromiss zu finden. Der Vietnamkonflikt hat eine allfällige Lösung des Problems indessen viel schwerer gemacht. Es wäre aber wirklich schlimm, wenn die UNO bis im September nicht aus ihrer tiefen Krise herauskäme.

Wahlen

Glauben Sie, dass der Austritt Indonesiens ein Einzelfall bleiben wird ?

Nilsson

Ich glaube schon. Ich habe nicht das Gefühl, dass dieser Austritt andere Staaten dazu bewegen wird, das gleiche zu tun. Jedenfalls bestehen bis heute keine Anzeichen dafür.

Wahlen

Die schweizerische Haltung bezüglich der Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen hat sich nicht geändert. Wir glauben, der UNO als Nichtmitglied durch die Art, in der wir mit ihr zusammenarbeiten, ebenso gute Dienste erweisen zu können wie als Mitglied. Wir verfolgen alle Bemühungen der UNO um die Erhaltung des Friedens mit grossem Interesse.

Ein Beitritt wäre uns übrigens nur auf Grund einer Volksabstimmung möglich. In einer Abstimmungs-"Grossschlacht" haben wir das ein-

- 12 -

mal durchgekämpft als es um den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund ging. Das Schweizervolk hat die Eigentümlichkeit, dass es Abstimmungskampagnen und deren Folgen sehr lange nicht vergisst, und ich glaube sagen zu dürfen, dass gerade angesichts der heutigen Lage in der UNO eine Beitritts-Initiative von Bundesrat und Parlament in einer Volksabstimmung sehr stark desavouiert würde. Unsere heutige Mitarbeit bei der UNO und ihren Spezialorganisationen ist im Schweizervolk unangefochten, wenn wir aber weitergehen wollten, hätten wir mit starkem Widerstand zu rechnen. Ich glaube, auch für den europäischen Sitz der UNO in Genf ist es gut, dass wir in UNO-Fragen nicht Stellung beziehen müssen. Wir halten uns stets verfügbar für gute Dienste und stellen uns positiv ein zu den Bemühungen der Vereinten Nationen, aber in diesem Stadium werden die Dinge vorderhand verbleiben. Es würde mich nun noch interessieren, etwas über Schwedens Beteiligung an den Friedensstreitkräften der UNO zu hören.

### Nilsson

Für die Friedensstreitkräfte der UNO haben wir zwei Bataillone mit zusammen 1600 Mann aufgestellt. Diese Leute sind in steter Bereitschaft. Die Hälfte davon steht derzeit, wie Sie wissen, auf Zypern.

### Befrage

Ich kann Ihnen hier ein Exposé des Pressedienstes im Aussenministerium vom 7. August 1964 ("Swedish stand-by force") übergeben, in welchem nähere Angaben über die Frage enthalten sind.

### Nilsson

Wir sind immer bereit, der UNO zu helfen, wenn sie uns darum ersucht. Wir haben daher beschlossen, diese "stand-by force" auszubauen und uns diesbezüglich auch mit den Dänen, Norwegern und Finnen besprochen. Die Rekrutierung der Mannschaften dieser Bataillone ist nicht leicht. Es melden sich zwar viele Leute, aber wir stellen hohe Anforderungen und treffen eine strenge Auswahl.

### Wahlen

Die öffentliche Meinung in Schweden ist den Vereinten Nationen gegenüber sehr positiv eingestellt. Spielt dabei der Umstand eine Rolle, dass der Schwede Hammarskjöld Generalsekretär der UNO war ?

### Nilsson

Das ist möglich. Hammarskjöld hat als Generalsekretär eine gewisse Rolle gespielt, und als er für die Aktion im Kongo eintrat, übte dies auf die Stellungnahme der schwedischen Regierung einen gewissen Einfluss aus. Auch wenn sich bei uns die Parteien in Fragen betreffend die UNO nicht immer einig sind, ist doch die öffentliche Meinung immer stark zugunsten von Leistungen an die Vereinten Nationen.

Belfrage

Es ist natürlich für Schweden von Bedeutung, dass den Aktionen, an denen wir teilnehmen, jeweils ein Beschluss des Sicherheitsrates zugrundeliegt, d.h. dass keine Grossmacht dagegen ist.

Nilsson

Die Russen stimmen solchen Aktionen zwar nicht immer zu; die Voraussetzung für die Zurverfügungstellung von schwedischen Truppen ist aber nur, dass sie wenigstens nicht ihr Veto gegen die fraglichen Beschlüsse einlegen.

Wahlen

Wenn Sie einverstanden sind, gehen wir jetzt zur Frage der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) über. Hier könnte uns zuerst Herr Minister Jolles orientieren.

Jolles

Wir haben das Gefühl, dass seit der Welthandelskonferenz in Genf sehr wenige Fortschritte erzielt worden sind, und gehen daher mit einer gewissen Beunruhigung nach New York an die erste Tagung des Handels- und Entwicklungsrates der UNO (TDB). Schweden und die Schweiz haben sich ja in der OCDE für eine gemeinsame Linie eingesetzt, um zu vermeiden, dass der Westen wieder in die Defensive und zu Konzessionen gezwungen wird, die immerhin eine gewisse Weichenstellung für die Zukunft bedeuten. Es rimmt mich wunder, ob die "77" in New York wieder so geschlossen auftreten werden wie in Genf. Hiezu sind die Chancen natürlich umso grösser, je uneiniger der Westen ist. Wenn der Westen sich zu einer einheitlichen Haltung entschliessen könnte, läge eine Verständigung mit den gemässigten Elementen der Entwicklungsländer im Bereiche des Möglichen. Wir fürchten aber, es wird unter den OCDE-Ländern wieder keine Einigung erzielt werden können. Wie beurteilen Sie die Lage ? Es würde mich ferner interessieren, ob Sie der Meinung sind, dass neutrale Kleinstaaten wie Schweden und die Schweiz, die immerhin einen wesentlichen Teil des Welthandels bestreiten, einen nützlichen Beitrag zur Entspannung der Atmosphäre, die auch in New York wieder herrschen wird, leisten können ?

Belfrage

Wir haben über mögliche Initiativen Schwedens noch nicht nachgedacht. Ich glaube aber, dass Länder wie die Schweiz und Schweden doch einen gewissen Einfluss sollten ausüben können. Wichtig ist, dass wir uns bereit erklären, den Wünschen der Entwicklungsländer soweit möglich Rechnung zu tragen. Wir unterstützen realistische Vorschläge zur Verbesserung der terms of trade der Entwicklungsländer. Natürlich muss man aufpassen, dass man nicht zu weit geht. Wir sehen wirklich noch nicht recht, was bei dieser Konferenz in New York herauskommen wird. Wird es aber dort vorderhand nicht vor allem darum gehen, die künftige Arbeit der UNCTAD zu organisieren ?

Jolles

Wir teilen die Auffassung, dass es in New York in dieser ersten Session vor allem Probleme prozeduraler Art zu lösen geben wird, wie die Festlegung der Mandate für die Unterkommissionen. Wir fragen uns aber, ob nicht gerade durch diese ersten Prozedurentscheide die Arbeitsweise der verschiedenen Gremien in einer Art und Weise präjudiziert werden könnte, die sich in der Folge für uns nachteilig auswirkt. Wir wollen diesen Organen keinen operativen Charakter geben, dafür haben wir das GATT. Aus der Traktandenliste für New York geht aber hervor, dass offenbar eine Erklärung abgegeben werden soll über die Art und Weise, wie den Empfehlungen der Welthandelskonferenz Nachachtung verschafft werden kann. Es wäre von grösster Wichtigkeit, wenn die westlichen Länder sich hier auf eine einheitliche Linie einigen könnten.

Nilsson

Wir müssen auch den psychologischen Aspekt des Problems beachten. Um das Verhältnis zu den Entwicklungsländern zu verbessern, um diesen zu zeigen, dass wir ihnen entgegenkommen wollen, haben wir z.B. in Schweden die Zölle und Steuern auf tropischen Produkten abgeschafft. Erhebt Ihr Land Zölle auf diesen Produkten ?

Jolles

Tropische Produkte sind bei uns in der Regel fiskalisch nicht belastet und unsere Zölle sind sehr niedrig. Was uns beunruhigt, sind die Auswirkungen der Präferenzen auf unsere Beziehungen zu protektionistischen Industriestaaten. Man sollte den demagogischen Charakter gewisser Präferenzforderungen der Entwicklungsländer einmal blossstellen.

Interessieren würden uns im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern noch die Erfahrungen, die Schweden auf dem Gebiet der Finanzhilfe gemacht hat. Unsere Praxis auf diesem Gebiet ist noch gering, da bei uns die Finanzhilfe in erster Linie von privater Seite geleistet wird. Schweden dagegen hat diesbezüglich bereits ein wichtiges Programm und wir möchten gerne hören, ob Ihre Methoden sich bewährt haben.

Nilsson

Auch in Schweden leistet die Privatindustrie Finanzhilfe. Sie ist natürlich auch daran interessiert. Dazu kommt aber ein Programm staatlicher Finanzhilfe. Es herrscht bei uns allgemein die Ansicht, dass die reichen Völker den armen Völkern helfen sollten, und die Oeffentlichkeit, vor allem die Jungen, wünschen von der Regierung, dass die bisherigen staatlichen Leistungen erhöht werden sollen. Dieser Druck der Oeffentlichkeit wird sicher auch in Zukunft anhalten. Der schwedische Reichstag hat daher auch beschlossen, in den nächsten Jahren jährlich ein Prozent des Brutto-Nationaleinkommens für Auslandhilfe auszugeben. Im laufenden Budget stehen unter diesem Titel 220-230 Millionen Kronen. Man sagt schon jetzt, das sei noch zu wenig. Aber unser Finanzminister hat natürlich auch noch andere Sorgen !

- 15 -

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es nicht nur darum geht, Geld zur Verfügung zu stellen, sondern in den Entwicklungsländern vor allem Kaufkraft zu schaffen. Das Geld soll zur rechten Zeit auf die richtige Art und Weise ausgegeben werden. Wir sind daran, für die Auslandhilfe ein eigenes Amt zu schaffen. Auch ein schwedisches Friedenskorps wird aufgebaut.

#### Belfrage

Das grösste Problem scheint mir, wie man das Geld auf die rationellste Art verwendet. Es ist, wie wir gesehen haben, vor allem sehr schwierig, gut ausgebildete Leute zu finden für die Entsendung in Entwicklungsländer. Das gilt für die bilateralen wie für die multilateralen Entwicklungsprogramme.

#### Wahlen

Ich glaube, ein Gedankenaustausch über die Frage der technischen und der Finanzhilfe könnte gelegentlich nützlich sein. Unser Dienst für technische Zusammenarbeit hat vergangenes Jahr auch erste Versuche mit einem Freiwilligen-Korps gemacht. Was die Finanzhilfe betrifft, tasten wir noch etwas.

Ist übrigens Schweden entschlossen, dem DAC der OCDE beizutreten ?

#### Nilsson

Ja, wir sind bereit.

#### Wahlen

Schweizerischerseits bestehen immer noch gewisse Hemmungen.

#### Lindt

Was ist in den vorhin genannten Zahlen der schwedischen Auslandhilfe enthalten ? Rechnen Sie die Exportrisikogarantie, private Investitionen, direkte Darlehen zu kommerziellen Bedingungen (d.h. gegen Zinsen und mit kurzen Laufzeiten), Weltbankanleihen dazu ?

#### Nilsson

Nein, wir rechnen keine dieser Kategorien dazu. Die erwähnten 220 Millionen Kronen werden direkt vom Staat gegeben.

#### Wahlen

Jährlich 220 Millionen ?

#### Nilsson

Jawohl. Letztes Jahr waren es 170-180 Millionen und für die nächste Periode werden wir vermutlich auf 280 Millionen gehen.

Lindt

Ich muss sagen, punkto Druck der öffentlichen Meinung sind Sie besser dran als wir. In der Schweiz ist man bezüglich der Hilfe an Entwicklungsländer eher skeptisch, es hat eine gewisse Ernüchterung Platz gegriffen. Immerhin haben wir unser Budget für die nächste Periode von 60 auf 90 Millionen Franken erhöhen können, nicht inbegriffen die Konsortialleistungen.

Micheli

Die Lage unserer beiden Länder gegenüber den Entwicklungsgebieten ist insofern gleichartig, als wir beide keine koloniale Vergangenheit haben. Ich glaube, wir sollten diese besondere Stellung stärken und vermeiden, dass unsere Interessen mit jenen früher Kolonialmächte identifiziert werden. Sollten wir nicht unsere Bestrebungen etwas koordinieren? Was denken Sie darüber?

Nilsson

Wie stellen Sie sich diese Zusammenarbeit vor?

Micheli

Ich denke an eine Koordinierung unseres Vorgehens im Rahmen des DAC z.B. oder an der Welthandelskonferenz.

Nilsson

Das ist eine schwierige Frage.

Mein Vorgänger im Amte war vor allem für multilaterale Hilfeleistungen im Rahmen der UNO eingestellt. Für Aktionen im Rahmen des DAC sah auch er die Gefahr der Identifizierung der Interessen Schwedens mit jenen der Grossmächte. Diesbezüglich haben wir aber heute unsere Skepsis überwunden.

Belfrage

Ich glaube, die Betrachtungsweise der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern hat sich doch im Sinne eines besseren Verständnisses entwickelt. Ich glaube nicht, dass eine Zusammenarbeit mit andern Industriestaaten uns in den Augen der Entwicklungsländer abträglich sein könnte. Man weiss doch, dass die Schweiz und Schweden Länder sind, die lediglich helfen und Handel treiben wollen.

Wahlen

Wir wollen nur vermeiden, dass die politische Tönung der Hilfeleistungen anderer Staaten auf uns abfärbt.

Ein Punkt, welcher der Spontaneität der schweizerischen Hilfe Abbruch tut, ist folgender: Unsere Industrie war sehr stark engagiert in Ländern, die Nationalisierungen durchführten und aus denen heute sehr schwer Entschädigungen herauszuholen sind. Ich weiss nicht, ob Sie z.B. im Magreb so viele Siedler hatten wie wir. Auch in Aegypten waren wir wohl stärker engagiert.



- 17 -

Nilsson

Es gibt auch bei uns Industrien, die bei Nationalisierungen in diesen Ländern Verluste erlitten haben und unzufrieden sind. Dagegen hat sich diese Unzufriedenheit nicht auf die Presse und die öffentliche Meinung übertragen.

Wahlen

Nun möchte ich zum letzten Traktandum übergehen, zur Frage unserer Wehranstrengungen.

Schweden und die Schweiz stehen in bezug auf die Landesverteidigung vor gleichen Problemen. Die Ausrüstung der Armee wird technisch immer komplizierter und immer teurer. Es stellt sich die Frage, was ein Kleinstaat auf diesem Gebiet angesichts der Anstrengungen der Grossmächte noch erreichen kann.

Ein gewisser Gedankenaustausch hat diesbezüglich zwischen unsern Ländern bereits stattgefunden. Verschiedene schweizerische Militärmissionen sind in Schweden gewesen. Was vielleicht fehlt, ist eine Systematisierung des Gedankenaustausches, der Wehranstrengungen, deren Planung auf lange Sicht. Darf ich die Frage stellen, ob es auch die schwedische Regierung als nützlich erachten würde, wenn ein aus Vertretern unserer beiden Länder zusammengesetztes Gremium - vielleicht je ein hoher Militär unterstützt durch einen Völkerrechtler - eine langfristige Planung unserer Wehranstrengungen, eine gewisse Arbeitsteilung an die Hand nehmen würde? Wir denken an regelmässige Zusammenkünfte auf höchster Ebene, an ein kleines Gremium, das nötigenfalls Experten beiziehen könnte. Es hätte sich auch mit der Beschaffung von Waffen aus unseren oder aus Drittländern zu befassen, für eine grösstmögliche Rationalisierung zu sorgen. Das wäre unser Gedanke. Würde sich eine solche Institution auch aus Ihrer Sicht lohnen?

Nilsson

Wir wollen Ihren Vorschlag gerne prüfen. Wie Sie, haben auch wir die Erfahrung gemacht, dass die Verteidigung des Landes immer teurer wird, und wie Sie, wollen ja auch wir als neutraler Staat unsere Unabhängigkeit verteidigen. Ich kann mir denken, dass es von Vorteil wäre für beide Länder, wenn z.B. bei der Entwicklung oder beim Einkauf gewisser Waffen - wie Panzer, Flugzeuge oder Kanonen - eine Zusammenarbeit möglich wäre. Es könnten grössere Serien produziert werden, der Einkauf wäre günstiger.

Ich werde gerne mit unserem Verteidigungsminister darüber sprechen und unsere militärischen Behörden konsultieren. Heute kann ich Ihnen natürlich noch keine Antwort geben. Aber wenn es so weit ist, könnten dann die Leute von unserem Generalstab mit Ihren Leuten Fühlung nehmen. Wir wollen den Vorschlag, der ja sehr weitgehende Folgen haben könnte, prüfen.

Wahlen

Ich möchte dazu noch Herrn Direktor Kaech das Wort erteilen, der wohl noch einen detaillierten Vorschlag ausarbeiten würde.

1. Mai 1967

Kaech

Wir haben immer mit grosser Bewunderung nach Schweden geblickt, wo auf dem Gebiete der Landesverteidigung seit dem letzten Kriege sehr zielbewusst und kraftvoll gearbeitet worden ist. Wir haben vom Bundesrat denn auch erwirkt, dass das Militärdepartement eine engere Zusammenarbeit mit Ihrer Armee suchen konnte. Die bisherigen Kontakte mit Schweden fanden bei uns immer eine sehr gute Aufnahme. Der Vorschlag von Herrn Bundesrat Wahlen würde es ermöglichen, noch konkreter an alle Probleme heranzugehen, wobei es sicher erwünscht wäre, wenn auch einmal geprüft würde, was Schweden von der Schweiz erwarten kann. In der Tat war der Austausch bisher etwas einspurig zu Gunsten der Schweiz. Ich kann mir denken, dass auch wir künftig etwas zu den gemeinsamen Anstrengungen beitragen könnten. Das Militärdepartement wird den Vorschlag sehr gerne dem Bundesrat unterbreiten.

Belfrage

Wir werden auf beiden Seiten wohl genau untersuchen müssen, welche weiteren Konsequenzen eine Zusammenarbeit auf militärischem Gebiete haben könnte.

Nilsson

Ich werde die Frage der Regierung unterbreiten und nachher werden wir darüber sprechen.

Wahlen

Sie erhalten von uns zu gegebener Zeit einen wohlfundierten Vorschlag, der dann als erster Schritt zu betrachten wäre.

[Dem schweizerischen Vorschlag, der Oeffentlichkeit von der heutigen Arbeitssitzung durch eine kurze Pressemitteilung Kenntnis zu geben, wird schwedischerseits zugestimmt. In Erwartung des Entwurfes wird zum Schluss noch eine weitere Frage angeschnitten : ]

Wahlen

Haben Sie Schwierigkeiten mit dem arabischen Boykott ?

Nilsson

Wir haben gewisse Schwierigkeiten. Israel und die Araber sind beide unzufrieden über das, was wir machen. Wir haben einige Schiffe auf der schwarzen Liste. Vielleicht werden sich künftig auch für unsere Luftfahrtgesellschaft, die SAS, Schwierigkeiten ergeben.

Probst

Wie stellt sich Schweden grundsätzlich zur Boykottfrage ? Unsererseits haben wir festgestellt, dass es keinen grossen Sinn hat, über die schwarze Liste mit den arabischen Staaten zu disku-

- 19 -

tieren. Konkrete Schwierigkeiten versuchen wir auf diplomatischem Wege zu lösen, ohne die grundsätzliche Frage der Berechtigung einer schwarzen Liste aufzuwerfen.

#### Nilsson

Wir gehen auf die gleiche Weise vor.

[Dr. Janner legt den Entwurf der gemeinsamen Pressemitteilung vor, dem zugestimmt wird. Beim Hinweis auf den heutigen politischen tour d'horizon wird die Vietnamkrise fallen gelassen und durch den Ausdruck "andere aktuelle Probleme" ersetzt.]

#### Nilsson

Zum Abschluss möchte ich Ihnen danken für die mir gebotene Möglichkeit, nach der Schweiz zu kommen und mit Ihnen zu sprechen. Es kann von grosser Bedeutung sein für unsere beiden Länder, dass wir gemeinsame Probleme haben, die wir zusammen lösen könnten. Es ist mein Wunsch, dass diese Gespräche fortgesetzt werden, und zu diesem Zwecke möchte ich Sie, Herr Bundesrat, und Ihre Mitarbeiter einladen, bald zu uns nach Schweden zu kommen. Solche persönliche Kontakte sind wertvoll und sie bedeuten mir sehr viel.

#### Wahlen

Ich danke meinerseits herzlich für Ihren Besuch. Ich muss gestehen, dass Ihre Einladung nach Stockholm für mich eine sehr grosse Versuchung bedeutet. Wir Schweizer sind ja in bezug auf Besuche etwas unterentwickelt, aber ich werde gerne prüfen, ob in diesem Sonderfall - Schweden und Oesterreich sind schliesslich besondere Fälle für uns - eine Ausnahme und damit eine Nordlandreise möglich wäre. Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Einladung.

Der Protokollführer:  
sig. Glesti (EPD)

#### Beilage:

Text der Pressemitteilung

Bern, April 1965